Presseinformation

16. KINDER- UND JUGENDBERICHT: MEHR ZEITGEMÄßE UND UMFASSENDE POLITISCHE BILDUNG

AGJ begrüßt frischen Wind in der Debatte um politische Bildung und bietet selbst Forum dafür

12.11.2020

„Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ unterstützt die zentrale Empfehlung der Sachverständigen des 16. Kinder- und Jugendberichts, dass alle junge Menschen mehr zeitgemäße und umfassende politische Bildung erhalten“. Dies sagte die Geschäftsführerin der AGJ, Franziska Porst, anlässlich der Vorstellung des Berichts durch Bundesjugendministerin Franziska Giffey am 11. November. Zuvor hatte das Bundeskabinett eine Stellungnahme zum Bericht, der den Schwerpunkt „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ hat, beschlossen. Der 16. Kinder- und Jugendbericht (16. KJB) wird nun Bundestag und Bundesrat vorgelegt.

Für die AGJ ist der 16. KJB ein wichtiger Meilenstein für die Debatte zur politischen Bildung. Er liefert eine umfassende und systematische Betrachtung der politischen Bildung junger Menschen mit dem Ziel, die Angebote weiterzuentwickeln. In den Bericht sind auch die Perspektiven junger Menschen eingeflossen: Die Kommission führte Jugendworkshops durch und interviewte Grundschulklassen sowie Kitagruppen.

„Wir begrüßen die mit der Schwerpunktsetzung des Berichts einhergehende Wiederbelebung der Debatte um politische Bildung“, so die AGJ-Geschäftsführerin. „Es ist die Aufgabe der Jugendhilfe, junge Menschen bei ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu unterstützen.“ Dies beinhaltet auch die Befähigung zur Mitgestaltung gesellschaftlicher und politischer Diskurse und Entscheidungsprozesse. Damit leiste die Jugendhilfe neben Familie, Schule und weiteren Instanzen politischer Bildung einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung demokratischer Haltungen und zur Ausgestaltung einer lebendigen Demokratie in Deutschland.

„Für eine demokratische Gesellschaft ist es unerlässlich, dass das Recht junger Menschen auf Beteiligung und Mitwirkung auch in Krisenzeiten umgesetzt wird“, so Geschäftsführerin Franziska Porst weiter. Daher bewertet es die AGJ besonders positiv, dass der 16. KJB auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf junge Menschen aufgegriffen hat.

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Mühlendamm 3 — 10178 Berlin — Telefon (030) 400 40-200 — Fax (030) 400 40-232 — agj@agj.de — www.agj.de

Rechts- und Vermögensträger: Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.

Verantwortlich für den Inhalt: Franziska Porst, Geschäftsführerin

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.

Die AGJ richtet nach Veröffentlichung eines jeden Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung traditionell eine Fachveranstaltung in Kooperation mit der Sachverständigenkommission aus. Die Fachtagung zum 16. KJB wird am 28./29. Januar 2021 in Berlin und online stattfinden. Sie markiert den Auftakt des fachpolitischen Austauschs über die Erkenntnisse und Empfehlungen des Berichts. Dafür werden Mitglieder der Sachverständigenkommission des 16. Kinder- und Jugendberichts dessen zentrale Ergebnisse vorstellen und diese gemeinsam mit den Teilnehmer*innen diskutieren. Neben Bundesjugendministerin Franziska Giffey sind auch zahlreiche junge Menschen in das Programm eingebunden und bringen ihre Perspektiven auf Räume, Chancen und Weiterentwicklungsbedarfe politischer Bildung ein. Anmeldungen für die hybride Fachveranstaltung sind bis zum 10. Dezember 2020 unter www.agj.de/anmeldung-16-kjb.html möglich.

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Mühlendamm 3 — 10178 Berlin — Telefon (030) 400 40-200 — Fax (030) 400 40-232 — agj@agj.de — www.agj.de
Rechts- und Vermögensträger: Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.
Verantwortlich für den Inhalt: Franziska Porst, Geschäftsführerin

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.